



Grünes Licht für Gewerbepark

WÄDENSWIL Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung am Montag den öffentlichen Gestaltungsplan Werkstatt Zürisee fast einstimmig genehmigt. Die Androhung eines Referendums sorgt dennoch für Unsicherheit.

Schritt für Schritt geht es mit dem geplanten Gewerbepark im Rütihof nahe beim Autobahnanchluss Wädenswil vorwärts. Der Wädenswiler Gemeinderat hat am Montag den öffentlichen Gestaltungsplan Werkstatt Zürisee ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt. Dass der Gewerbepark ein wichtiges Projekt ist, um Gewerbe in Wädenswil zu halten oder neues Gewerbe anzusiedeln, darin waren sich die Parlamentarier einig. Einzig aus der GLP kamen kritische Stimmen, etwa wegen der Finanzierbarkeit oder der Konkurrenz durch einen geplanten Gewerbepark auf dem BASF-Areal.

Fragen zum Wärmeverbund

Der Gestaltungsplan bildet die planungsrechtliche Grundlage für die bauliche Entwicklung. Er teilt das 40 000 Quadratmeter grosse Areal in verschiedene Baufelder auf. In den Baubereichen hinter dem Lidl nahe der Zuger- und Steinacherstrasse können sich Grossinvestoren ansiedeln. In den zwei Bereichen weiter hinten können kleinere Betriebe «Land am Laufmeter» kaufen. Angesiedelt werden sollen Gewerbe-, Handels- sowie Dienstleistungsbetriebe. Ebenfalls willkommen sind Bildungsinstitutionen sowie Einrichtungen für die Quartiersversorgung.

Inhaltlich wurde der Gestaltungsplan an der Ratssitzung kaum diskutiert. Der Antrag der Raumplanungskommission, Doppelnutzungen von Parkplätzen bei der Berechnung des Parkplatzbedarfs zu berücksichtigen und diese wo immer möglich auszuschöpfen, wurde einstimmig gutgeheissen. Wie viele Parkplätze auf dem Areal eingezeichnet werden können, ist noch nicht klar. Es werden rund 350 Parkfelder sein.

Die Mehrheit der Raumplanungskommission wollte zudem einen Wärmeverbund für Heizung und Warmwasser vorschreiben. Der Stadtrat strebt zwar einen Wärmeverbund an, bei einem Zwang befürchtet er aber, dass die Vertragspartner höhere Preise verlangen oder dass der Wärmeverbund unter Umständen mit Steuergeldern finanziert werden muss. Mit diesem Argument konnte er die Mehrheit der Parlamentarier überzeugen. Der Antrag scheiterte, nur SP, Grüne und GLP stimmten dafür.

Vorwurf der Erpressung

Mit diesem Ergebnis geht der Gestaltungsplan nun zur Prüfung an die kantonale Baudirektion. Der Stadtrat geht davon aus, dass der Gestaltungsplan bis im Herbst rechtskräftig ist. Im September oder Oktober will die Stadt das

Land für rund 23 Millionen Franken kaufen – das Stimmvolk hat den Kauf im November 2014 gutgeheissen – und anschliessend die Parzellen an die Gewerbebetriebe weiterverkaufen. Interessenten gebe es nach wie vor genug, sagte Stadtrat Heini Hauser (SVP). Noch seien aber keine Verträge abgeschlossen. Mit dem Start der Tiefbauarbeiten rechnet Stadtpräsident Philipp Kutter (CVP) im zweiten Halbjahr 2017.

Ein Stolperstein könnte indes der Wärmeverbund sein. Die Grünen hatten bereits vor der Ratssitzung angekündigt, den Zwang für einen Wärmeverbund notfalls mit einem Volksentscheid zu erkämpfen. Da der Beschluss dem Referendum unterliegt, haben sie 30 Tage Zeit, um die Unterschrift von 12 Parlamentariern oder 400 Stimmberechtigten einzuholen und so eine Volksabstimmung zu erwirken. An der Ratssitzung kündete GLP-Sprecher Pierre Rappazzo an, man würde das Referendum unterstützen. Eine Aussage, die Ernst Grand (FDP) als «Erpressung» titulierte. Er forderte auf, den Volksentscheid zu respektieren. Auch Stadtpräsident Kutter warnte vor einem Referendum: «Damit würde man nicht nur den Wärmeverbund, sondern den ganzen Gewerbepark in Frage stellen.»

Philipp Kleiser